

Einleitung

Als Mindestanforderung an eine Arbeiterwohnung in der ersten Berliner Bauordnung wurde 1895 eine Stube und eine Wohnküche festgeschrieben. Dieser Standard war jedoch theoretischer Natur und praktisch nur in den wenigsten Arbeiterwohnungen berücksichtigt. Die Berechnung der Wohnungsgröße wurde anhand des Luftbedarfs der Bewohner ermittelt. Durch die Überbelegung der Wohnungen war diese Rechnung reine Makulatur. Der Berliner Statistiker Hermann Schwabe stellte 1868 eine These auf, die in die Lehrbücher einging: „Je ärmer jemand ist, desto größer ist die Summe, welche er im Verhältnis zu seinem Einkommen für die Wohnung ausgeben muss!“ Diese These kann heute praktisch als bewiesen gelten.

In einer Zeit, in der Hamburg wächst und einen großen Zustrom an Menschen aus aller Welt erfährt, braucht es Konzepte, die das Zusammenleben aus der Sicht der BürgerInnen betrachten, die Integration fördern und Menschen nicht nur ein Dach über den Kopf sondern ein Zuhause geben. Aktuell werden rund 10.000 neue Wohnungen pro Jahr in Hamburg errichtet. Das ist beispielhaft für die ganze Republik und verdient Anerkennung.

Mit einem Anteil von rund 3.000 Sozialwohnungen wird gegen eine wachsende Bedürftigkeit angebaut.

Eine Verdichtung im gewachsenen Hamburg und eine flächenmäßigen Ausdehnung mit neuen Quartieren fordert unsere Stadt ebenso wie die BürgerInnen. Anforderungen formulieren, Ideen und Wünsche äußern, das sind Möglichkeiten, die über eine Stadtwerkstatt eröffnet werden. Es ist wichtig und an der Zeit gemeinsam zu gestalten und unser Hamburg zu formen.

Die gemeinsame Entwicklung von Wohnraum in der Stadt ist eine Errungenschaft der Neuzeit in unserem neuen Jahrtausend. Die Beteiligung von engagierten BürgerInnen wurde in manchen Fällen erstritten und führt nicht zuletzt auch in Hamburg zu ganz besonderen Projekten, wie die Mitte Altona zeigt. Ein Projekt, das nach Fertigstellung mit der UN-Auszeichnung Innovative Practice 2015 gewürdigt wurde. Ein Beispiel, dass Beteiligung lohnt und eine Stadt von einem Wohnort zu einer Stadt für Alle machen kann. Lassen sie uns diese Chance gemeinsam nutzen und diese Beteiligung weiter ausbauen.

Ich will mich in meiner Rede auf vier Stichworte und damit Themen konzentrieren, zu denen ich jeweils eine These formuliere:

- **Inklusive Stadt – inklusives Wohnen**
- **bezahlbarer Wohnraum und gute Arbeit**
- **Gemeinsam wohnen: Lebensalter und Lebensphasen, Integration**
- **soziale Strukturen unterstützen/ verstärken**

Inklusive Stadt – inklusives Wohnen

These: ***Eine Stadt für Alle ist eine inklusive Stadt***

Jeder Mensch, ob jung oder alt, ob mit oder ohne Behinderung, soll in der eigenen Wohnung im Quartier leben können. Dazu braucht es geeigneten Wohnraum und Zugänge, eine geeignete Infrastruktur und den Willen zum Zusammenleben der Menschen. Inklusives Wohnen ist die Voraussetzung für diskriminierungsfreies Leben. Für alle öffentlich geförderten Wohnungen ist Barrierefreiheit deshalb eine wichtige Voraussetzung. Die Idee vom inklusiven Wohnen und Leben bedeutet auch die gemeinsame Fortentwicklung, wenn sie Wirklichkeit werden soll.

Es geht bei dem Gedanken der Inklusion nicht um Fürsorge sondern um Teilhabe am Leben. Und das sollte für alle Betroffenen gestaltbar sein

Das Motto: *Nicht über uns und nicht ohne uns* sollte bestimmend sein, für die frühe und eingehende Beteiligung der Interessengruppen. In diesem Sinne ermöglicht diese Stadtwerkstatt einen guten - ersten Dialog.

bezahlbarer Wohnraum

These: ***Eine Stadt für Alle ist eine Stadt der Guten Arbeit und hat bezahlbaren Wohnraum für Alle***

Die Zahl der Beschäftigten mit einem Gehalt, das zum Leben reicht, nimmt ab. Leih- und Zeitarbeit sowie prekäre Beschäftigung und eine steigende Zahl an Teilzeitarbeit stellen die Rahmenbedingung dafür. Rund 30% der Beschäftigten,

die in den kommenden fünf Jahren in die Rente gehen, werden auf das Grundsicherungsniveau – derzeit rund 780€ Rente - fallen.

Damit ist bezahlbarer Wohnraum keine Frage mehr der Tüchtigkeit der BewohnerInnen, sondern unserer sozialen Absicherung und sozialen Marktwirtschaft.

Wir brauchen bei der Entwicklung unserer Quartiere Wohnraum für die steigende Zahl von Menschen, die auf eine staatliche Unterstützung angewiesen sind, obwohl sie ein Leben lang gearbeitet haben. Gleiches gilt für Zuwanderer, die erst über Qualifizierung und Ausbildung über einen längeren Zeitraum in der Lage sein werden, die finanzielle Kraft für ihre Wohnung und ihr Leben aufzubringen. Hier sind im zunehmenden Maße auch unsere Baugenossenschaften gefragt sich zu engagieren. Die Entwicklung von Architekturen, die einen Mietpreis von rund acht Euro zulassen ohne an Qualität zu sparen wird aktuell von der Stadt voran getrieben. Auch das ist lobenswert, denn faktisch wird neuer Wohnraum in Hamburg mit einer Höhe von 12€ Miete pro qm finanziert.

Das Engagement Hamburgs eine Stadt der Guten Arbeit zu werden muss weiter verfolgt und unterstützt werden. Einen ersten guten Schritt hat die Bürgerschaft im Thema der sachgrundlosen Befristungen bereits gemacht. Jetzt braucht es die Entschlossenheit des Senats, das umzusetzen.

Weitere Schritte müssen folgen – insbesondere ein Engagement zur Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus – denn Lohn und Rente hängen mit dem Thema Wohnen und Würde eng zusammen.

Gemeinsam wohnen: Lebensalter und Lebensphasen, Integration

These: Eine Stadt für Alle ist eine integrative Stadt

Über private Initiativen werden zunehmend Wohnprojekte geplant – entwickelt und verwirklicht, die ein Zusammenleben von mehreren Generationen, Menschen mit und ohne Behinderung sowie mit und ohne Migrationshintergrund ermöglichen. Eine Gemeinschaft bilden, in der ein Miteinander entsteht und vorteilhaft für Alle genutzt werden kann steht als Idee – als Ideal dahinter. Dies ist ein Schritt gegen Einsamkeit und auch

Unterstützungsbedürftigkeit in allen Lebensphasen sowie einer notwendigen Integration von Geflüchteten.

An dieser Stelle erlaube ich mir eine kurze Einlassung zu einer Erscheinung in der Öffentlichkeit, die mir Sorgen macht und die gegen Gemeinsamkeit steht:

Zitat: „Ich halte es für keinen zivilisatorischen Zugewinn, wenn ungebremst gebrüllt, beleidigt und verletzt werden darf. Ich halte es für keinen Fortschritt, wenn jede innere Schäbigkeit nach außen gekehrt werden darf, weil angeblich neuerdings dieser Exhibitionismus des Ressentiments von öffentlicher oder gar politischer Relevanz sein soll“, Autorin Carolin Emcke, Preisträgerin des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 2016. Das gilt auch in Hamburg.

Ein solches Miteinander zu ermöglichen muss auch Idee und Teil der Planung einer Stadt für Alle sein. Wir müssen die Möglichkeiten schaffen, über die Konstruktion der Bebauung und die Unterstützung von entsprechenden Projekten.

Zu zweit (oder mit mehreren) ist man weniger allein und die Probleme sind weniger groß. Das erfordert ein Engagement der Menschen ebenso wie der Stadt und der Wohnungsbaugesellschaften. Auch die Veränderung der Bedarfe an Wohnraumgrößen in unseren Lebensphasen gilt es da zu berücksichtigen.

Soziale Strukturen unterstützen/ verstärken

These: Eine Stadt für Alle ist eine soziale Stadt

Ein Hamburg für Alle setzt voraus, dass wir zusammen leben und nicht nur Tür an Tür wohnen. Das bedarf einer sozialen Struktur, die wir in Anbetracht der wachsenden Stadt fördern und ausbauen müssen. Natürlich können wir uns nicht in allen Fragen nur auf die Stadt beziehen: Wir müssen auch selbst tun – Acht geben und helfen. Nach unseren Möglichkeiten und Fähigkeiten. Aber in der Planung von rund 10.000 neuen Wohnungen jährlich müssen wir den sich ändernden Bedürfnissen Rechnung tragen. Weniger finanzielle Mittel – höhere Lebenserwartung aber verbunden mit schwindender Mobilität – eine aktuell steigende Zahl von Geburten mit den Anforderungen an Kitas und Schulen. Wir brauchen Räume – auch sächlich – in denen Menschen zusammenkommen können. Gemeinsam mit den Sozialverbänden und Organisationen in Hamburg

gilt es die Bedarfe zu ermitteln und Lösungen zu planen. Dazu gehört auch eine angepasste Struktur der Mobilität in der Stadt.

Eine Zunahme des Verkehrs in der Stadt über mehr Fahrzeuge braucht genauso eine Antwort, die mit den BürgerInnen entwickelt wird, wie das Bedürfnis – bei zunehmender Verdichtung nach Grün- und Erholungsflächen. Wir müssen Ideen wie eine Smart City mit Sharingpoints aussehen kann mitdenken und eine solche Entwicklung zulassen und uns nicht auf Bewährtes und Bekanntes zurückziehen. Also Mut für Neues und Veränderung zeigen.

Wenn diese Thesen zutreffen und wir eine soziale integrative, bezahlbare und inklusive Stadt – also eine lebenswerte Stadt für Alle - wollen, lassen Sie uns die Gelegenheit nutzen sie gemeinsam und solidarisch zu gestalten. Dazu möchte ich Sie alle einladen und auffordern. Solidarisch und optimistisch auf unsere gemeinsame Zukunft gerichtet – in unserem Hamburg.